

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses der Gemeinde Schönberg (SCHÖN/SA/01/2010) vom 21.01.2010

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Yonca Toepffer-Lasch

<u>Mitglieder</u>

Frau Rosemarie Benecke

Herr Eckhard Bulbeck

Herr Peter Ehlers

Herr Nicki-Sebastian Helms

Frau Antje Klein

Herr Wolfgang Mertineit

Frau Kerstin Thomsen

Gäste

Herr Detlef Klose

Herr Wilfried Zurstraßen

Presse

Herr Kay-Christian Heine

Herr Andreas Jacobs

Protokollführer/in

Herr Jürgen Dräbing

Abwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Mainz

Beginn: 20:00 Uhr Ende 20:53 Uhr

Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,

Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, diese lautet damit wie folgt:

Tagesordnung: Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

- 1. Einwohnerfragestunde
- 2. Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 15.12.2009 und Bekanntgabe

- 3. Kindertagesstättenelternbeiträge für Einrichtungen in Schönberg
- 4. Einbindung von Jugendlichen in die politische Arbeit der Gemeinde Schönberg Antrag der CDU-Fraktion
- 5. Sachstandsbericht Besuch in der Partnergemeinde Älvdalen anläßlich des 35jährigen Partnerschaftsjubiläum
- 6. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

TO-Punkt 2: Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 15.12.2009 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Einwendungen zur Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 15.12.2009 werden nicht erhoben.

Die Vorsitzende und Herr Dräbing geben die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Sozialausschusses aus den Sitzungen vom 22.09. und 15.12.2009 bekannt.

TO-Punkt 3: Kindertagesstättenelternbeiträge für Einrichtungen in Schönberg Vorlage: SCHÖN/BV/115/2010

Der Bürgermeister führt in das Thema ein und stellt zunächst die Historie, wie sie in der Vorlage beschrieben ist, dar.

Er macht deutlich, dass die Beiträge seit dem 01.09.2005 nicht mehr angepasst wurden, da dies aufgrund der Diskussion über die Einführung einer Elternbeitragsfreiheit für Kindertagesstätten von allen Fraktionen als nicht geboten angesehen wurde. Zwischenzeitlich ist klar, dass es eine Beitragsfreiheit für die gesamte Zeit des Kindertagesstättenbesuches absehbar nicht geben wird. Selbst das im letzten Jahr eingeführte letzte beitragsfreie Kindergartenjahr ist nunmehr landesseitig wieder infrage gestellt worden.

Bürgermeister Zurstraßen geht anschließend auf die finanzwirtschaftliche Situation der Gemeinde Schönberg in 2010 und den Folgejahren ein und beschreibt diese als sehr schwierig. Daher ist aus seiner Sicht, der damalige Vorschlag von Gemeindevertreter Ehlers, die Beitragserhöhung für Kindertagesstätten zunächst nur für ein Jahr auszusetzen, sehr vorausschauend gewesen. Heute muss festgestellt werden, dass Schönberg so nicht weitermachen kann und eine Elternbeitragsanpassung bei den Kindertagesstätten notwendig wird. Dies hat der Sozialausschuss grundsätzlich in seiner Dezember-Sitzung erkannt und die Verwaltung gebeten, entsprechende Berechnungen vorzulegen. Diese wurden in drei Varianten erstellt, die Erste bezieht sich auf das Jahresrechnungsergebnis der Einrichtungen im Jahr 2008, die

Zweite auf die gemeldeten Haushaltsansätze der Einrichtungen für das Jahr 2009 und die Dritte auf die gemeldeten Haushaltsansätze der Einrichtungen für das Jahr 2010.

Der Bürgermeister erläutert außerdem, dass es für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes notwendig war, hier eine dieser Varianten anzunehmen, er hat sich hierbei für die mittlere Variante entschieden und entsprechende Beitragserhöhungen ab dem 01.04.2010 einkalkuliert. Damit soll jedoch keinesfalls eine Präjudizierung erfolgen.

Er macht deutlich, dass entsprechend des Beschlusses des Sozialausschusses aus dem Dezember für Zuschüsse an Kindertagesstätten derselbe Betrag wie der in 2009 von den Einrichtungen gemeldete zuzüglich des Defizits der zusätzlichen Krippengruppe bereitgestellt werden soll, dies ergibt 465.000 €. Bei der mittleren Variante, also der Beitragserhöhung errechnet auf der Basis der gemeldeten Haushaltsansätze 2009 der Einrichtungen, ergibt sich eine voraussichtliche Mehreinnahme aus Elternbeiträgen von 65.000 € für das Jahr, so dass der Haushaltsansatz, wie im Vorjahr, 400.000 € betragen würde.

Dabei wurde die bisher gültige Beitragsstruktur übernommen und lediglich hinsichtlich der zwischenzeitlich dazugekommenen Betreuungsangebote differenziert.

Es ergibt sich so eine Erhöhung von durchschnittlich ca. 13 %, die aber faktisch im Verhältnis zu den Gesamtausgaben geringer ist, da ja bei der Ermittlung auf das zurückliegende Jahr zurückgegriffen wurde.

Gemeindevertreter Helms erinnert daran, dass bereits in der letzten Sitzung des Sozialausschusses Einigkeit über die Anpassungsnotwendigkeit der Elternbeiträge bestand. Er fragt, welche der drei Alternativen die Verwaltung zur Umsetzung vorschlägt.

Bürgermeister Zurstraßen spricht sich hier für den mittleren Weg, also eine Anpassung auf Basis der Haushalte 2009 der Einrichtungen aus. Er ergänzt, dass die Aufwendungen der Gemeinde Schönberg für Kindertagesstätten vor 12 Jahren noch 186.000 DM betrugen und heute auf 400.000 € angewachsen sind. Bei dieser Haushaltslage ist aus seiner Sicht eine angemessene Beteiligung der Eltern notwendig, wenn ein anerkannt gutes soziales Angebot erhalten werden soll.

Er erläutert ergänzend, dass die Beitragsanpassung keinen Einfluss auf die Beitragsfreiheit im 3. Kindergartenjahr hat. Er führt außerdem aus, dass der Kreis Plön bereits eine sehr gute Sozialstaffel im Bereich der Kindertagesstätten hat, die von den Schönberger Entscheidungsgremien nochmals hinsichtlich der Anrechenbarkeit der Wohnkosten optimiert wurde.

Er macht nochmals deutlich, dass die seit 2005 ausgesetzte automatische Anpassung der Elternbeiträge auf 35 % der Gesamtaufwendungen der Einrichtungen aus den genannten fiskalischen Gesichtspunkten nunmehr wieder in Kraft gesetzt werden muss.

Gemeindevertreterin Klein erklärt für die SPD-Fraktion, dass Sie der Beitragserhöhung schweren Herzens zustimmen wird, da die Krise und damit einhergehende Einnahmeverringerung bei den Kommunen dazu zwingt, obwohl aus den gleichen Gründen viele Familien in vielen Bereichen stärker belastet werden.

Für die CDU-Fraktion erklärt Gemeindevertreter Helms, dass diese den Vorschlag des Bürgermeisters mitträgt.

Herr Mertineit erklärt für die EIS-Fraktion, dass es aus finanzieller Sicht leider notwendig ist, wieder auf die 35 % Elternanteil bei der Finanzierung der Kindertagesstätten zu kommen und seine Fraktion daher den Vorschlag mittragen muss, obwohl sie aus sozialen Gründen lieber anders gehandelt hätte.

Herr Dräbing zeigt anschließend auf, welche Elternbeiträge im Minimum und Maximum kreiswert erhoben werden. Für einen Vormittagsplatz mit vier Stunden täglich / 20 Wochenstunden beträgt der geringste Elternbeitrag 75 € und der höchste Beitrag 140 €, in Schönberg würde er nach der Anpassung 115,50 € betragen. Ein Ganztagsplatz mit 8 bis 10 Stunden täglicher Betreuung an fünf Wochentagen kostet im Minimum 150 € und im Maximum 247,50 €. Nach der neuen Staffelung würden in Schönberg zwischen 193 € und 231 € monatlicher Beitrag erhoben. Er erläutert außerdem, dass die Darstellung des Beitragsniveaus im Kreisgebiet sich auf Zahlen aus dem Jahr 2008 stützt.

Bürgermeister Zurstraßen vertritt außerdem die Auffassung, dass der Schulverband als Träger des Hortes seine Beiträge entsprechend der der übrigen Kindertagesstätten anpassen sollte, dies ist in der Vergangenheit auch so praktiziert worden. Wenn die mittlere Variante gewählt und vom Schulverband ebenfalls umgesetzt würde, ergeben sich Mehreinnahmen, die die Mehrkosten für die derzeit im Schulverband diskutierte dritte Hortgruppe auffangen würden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung eine Anpassung der Elternbeiträge in Schönberger Kindertagesstätten entsprechend der von der Verwaltung vorgelegten Variante 2, die auf der Basis der von den Schönberger Einrichtungen gemeldeten Haushaltsansätze in 2009 errechnet wurde zu beschließen. Die Beitragsanpassung soll zum 01.04.2010 erfolgen.

Stimmberechtigte: 8			
Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 4: Einbindung von Jugendlichen in die politische Arbeit der Gemeinde Schönberg - Antrag der CDU-Fraktion

Die Vorsitzende bittet Gemeindevertreter Helms um Erläuterungen zum Antrag der CDU-Fraktion. Herr Helms macht deutlich, dass aus Sicht der CDU-Fraktion gerade in der heutigen Zeit die Anregung von Jugendlichen notwendig ist, um die Gemeinde Schönberg für junge Bürgerinnen und Bürger attraktiver zu machen und um zu wissen, was diese sich wünschen. Dazu muss das Gespräch mit den Jugendlichen gesucht werden und sie müssen aktiv in die politische Arbeit eingebunden werden. Mittel hierzu könnte nach Auffassung der CDU-Fraktion die Einrichtung eines Jugendbeirates sein.

Die Vorsitzende führt aus, dass es zu dieser Thematik eine Beschlusslage gibt und bittet den Bürgermeister um entsprechende Erläuterungen.

Dieser berichtet, dass sich der Sozialausschuss im Jahr 2008 mit der Thematik auseinandergesetzt hat, nachdem der viele Jahre bestandene Kinder- und Jugendbeirat mangels eines Interesses von ausreichend Jugendlichen an dieser Institution eingestellt wurde. Die Mitarbeiter des Kinder und Jugendhauses hatten damals gemeinsam mit Herrn Dräbing ein neues Konzept erarbeitet, das zum einen regelmäßige Einwohnerversammlungen für Kinder und für Jugendliche vorsieht und zum anderen eine projektbezogene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen beinhaltet, da feststellbar ist, dass sich Kinder und Jugendliche ungleich mehr engagieren, wenn es um konkrete Projekte geht.

Dieses Konzept wurde damals einstimmig beschlossen. Es konnte jedoch nicht vollständig umgesetzt werden. Im Kinder- und Jugendhaus wurden bereits projektbezogene Beteiligungen bei der Gestaltung von Räumen im Haus und bei der Programmgestaltung durchgeführt.

Nicht stattgefunden haben bisher die geplanten Kinder- und Jugendversammlungen sowie Projekte, die über das Kinder- und Jugendhaus hinausgehen. Dabei ist auch vorgesehen, dass die Jugendvertretungen der Vereine und Verbände, die Schülervertretung und aktive Jugendliche aus dem Jugendhaus einbezogen werden.

Als Gründe dafür, dass diese Elemente noch nicht realisiert werden konnten, nennt der Bürgermeister zum einen eine veränderte Schwerpunktsetzung im Haus, die auf aktuelle Entwicklungen reagiert hat und zunächst das Vandalismusproblem bearbeitet hat. Welche Erfolge hier erzielt werden konnten, wurde in der letzten Sitzung bei der Beratung über die Fortsetzung der Kooperation mit dem SOS-Kinderdorf deutlich. Außerdem konnte die Umsetzung des Konzeptes aufgrund einer langfristigen Erkrankung eines Mitarbeiters, die mehrere Monate andauerte, nicht vorangetrieben werden.

im Jahr 2010 soll dies jedoch nachgeholt werden. Im Haushaltsentwurf sind dafür 1.000 € etatisiert. Der Bürgermeister plädiert dafür, die Umsetzung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Schönberg wie beschlossen in diesem Jahr durchzuführen und danach ein Fazit zu ziehen, die Ergebnisse zu diskutieren, dann ggf. über Anpassungen und Veränderungen zu entscheiden.

Gemeindevertreter Helms macht noch mal deutlich, dass es Anliegen der CDU-Fraktion ist, Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zur Beteiligung zu geben. Deshalb sollten aus seiner Sicht die dargestellten Veranstaltungen in diesem Jahr unbedingt durchgeführt werden.

Die SPD-Fraktion sieht dies ebenfalls so, zumal es hierzu eine rechtliche Verpflichtung gibt. Frau Klein bringt diesbezüglich noch mal die Idee von Jugendparlamenten ins Gespräch, hier wurden beim Jugendkreistag und beim Jugendlandtag gute Erfahrungen gemacht.

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass der Ausschuss einhellig der Auffassung ist, dass der Beschluss aus dem Jahr 2008 nun in 2010 umgesetzt wird und anschließend dem Ausschuss über die Erfahrungen zu berichten ist. Sie bittet außerdem darum, dass dem Protokoll das beschlossene Konzept und der Beschluss beigefügt werden.

TO-Punkt 5: Sachstandsbericht Besuch in der Partnergemeinde Älvdalen anläßlich des 35jährigen Partnerschaftsjubiläum

Die Vorsitzende bittet die Verwaltung um einen Sachstandsbericht.

Herr Dräbing erläutert, dass zwischenzeitlich eine Einladung der Gemeinde Älvdalen zu einem Besuch in der schwedischen Gemeinde anlässlich des 35-jährigen Partnerschaftsjubiläums eingegangen ist. Für die Zeit vom 18. bis zum 21. März wurden 10 offizielle Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde und eine unbestimmte Anzahl von Bürgerinnen und Bürger aus Schönberg, die Interesse an der Partnerschaft haben, nach Älvdalen eingeladen. Die Unterbringung der offiziellen Vertreterinnen und Vertreter soll in einer Pension erfolgen, die der Bürgerinnen und Bürger in Familien in der Gemeinde Älvdalen. Mitreisende, die statt einer Familienunterbringung eine Hotel- oder Ferienwohnungsunterkunft wünschen, müssten diese selbst bezahlen, die Gemeinde Älvdalen ist jedoch bereit, hier entsprechende Unterkünfte zu vermitteln.

Herr Dräbing berichtet weiter, dass aus Kostengründen vereinbart wurde, dass die internationale Jugendbegegnung mit Älvdalen, bei der in diesem Jahr ebenfalls eine Reise nach Älvdalen ansteht, zum gleichen Zeitpunkt stattfinden soll. Es ist daher möglich einen Reisebus mit 50 Plätzen einzusetzen (ca. 25 Plätze für die internationale Jugendbegegnung und ca. 25 Plätze für das Partnerschaftsjubiläum) und mit der Color Line über Kiel nach Oslo anzureisen. Die Abfahrt der Gesamtgruppe müsste am 17.03. erfolgen um zum Beginn des

Programms am 18.03. Älvdalen zu erreichen. Da auch für den 21.03. noch Programm vorgesehen ist, würde die Abreise der Erwachsenengruppe am 22.03. erfolgen. Der Bus würde die Gruppe nach Oslo bringen, dort erfolgt die Einschiffung auf der Color Line. Am darauffolgenden Tag erreicht die Gruppe dann Kiel, von dort würde eine entsprechende Abholung organisiert. Der Bus fährt von Oslo zurück nach Älvdalen um den Jugendlichen, die bis zum 25.03. im Rahmen der internationalen Jugendbegegnung in Älvdalen bleiben werden, zur Verfügung zu stehen.

Das Programm für das Partnerschaftsjubiläum liegt in schriftlicher Form noch nicht vor, telefonisch wurde jedoch angekündigt, dass am Ankunftstag ein Begrüßungsabend stattfindet, am Freitag dann die gesamte Gruppe die schwedische Natur- und Winterlandschaft mit verschiedensten Aktivitäten kennenlernen soll und am Samstag dann der Ort Älvdalen selbst vorgestellt und kulturelle Aspekte im Fokus stehen. Am Samstagabend findet die offizielle Partnerschaftsveranstaltung in einem Dorfgemeinschaftshaus statt.

Bürgermeister Zurstraßen ergänzt, dass im Haushaltsplanentwurf 2010 für Partnerschaften 5.000 € einkalkuliert wurden. Es muss nun festgelegt werden, in welcher Höhe sich die Gemeinde an den Reisekosten der mitfahrenden Erwachsenen beteiligt.

Frau Toepffer-Lasch erläutert, dass es einen Beschluss gibt, wonach bei Partnerschaftsfahrten die Mitfahrenden mindestens 50 % des Reisepreises zu tragen haben. Herr Zurstraßen ergänzt, dass hiervon die Verwaltungsmitarbeiter, die die Reiseleitung übernehmen, ausgenommen sind, sie fahren kostenfrei.

Herr Dräbing berichtet, dass die Reisekosten für Bus, Fähre und Verpflegung an Bord voraussichtlich 360 € betragen werden. Bei einer 50 %igen Beteiligung würden ca. Kosten von 5.900 € entstehen, die mithin durch den Haushaltsansatz nicht gedeckt wären, bei einer Eigenbeteiligung der mitfahrenden von 250 € ergibt sich ein Zuschussbedarf von rd. 4.700 € und bei einer Eigenbeteiligung von 300 € von ca. 3.800 €.

Die Ausschussmitglieder sind einhellig der Auffassung, dass die Mitfahrenden soviel wie möglich Eigenbeteiligung zahlen sollen. Dem Vorschlag, die Eigenbeteiligung für die Transportkosten auf 300 € festzusetzen findet allgemeine Zustimmung.

Es herrscht außerdem Einigkeit darüber, dass pro Fraktion in der Gemeindevertretung zwei bis drei Plätze bereitgestellt werden sollen. Verwaltungsseitig wird darum gebeten, die mitfahrenden Personen aus den Fraktionen schnellstmöglich in der letzten Januar-Woche bei Herrn Dräbing zu melden.

TO-Punkt 6: Bekanntgaben und Anfragen

Bekanntgaben sind nicht zu machen, Anfragen werden nicht gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung daraufhin um 20.53 Uhr.

gesehen: gesehen:

Yonca Toepffer-Lasch Jürgen Dräbing Wilfried Zurstraßen Sönke Körber - Ausschussvorsitzende - Protokollführer - Bürgermeister - Amtsdirektor -